

Eningen

Windpark mit kommunaler Beteiligung

[02.07.2025] Die Gemeinde Eningen unter Achalm will mit einem neuen Windpark Strom für rund 20.000 Haushalte erzeugen. Der Gemeinderat hat sich für eine Zusammenarbeit mit dem Projektierer Sowitec entschieden. Die Kommune kann sich an der Betreibergesellschaft beteiligen – auch Bürgerinnen und Bürger sollen finanziell mitwirken können.

Die baden-württembergische Gemeinde [Eningen unter Achalm](#) will in den kommenden Jahren einen Windpark errichten lassen. Der Gemeinderat hat dazu einer Kooperation mit dem Projektentwickler [Sowitec](#) zugestimmt. Bürgerinnen und Bürger sollen sich finanziell beteiligen können. Der Windpark könnte ab 2029 Strom für rund 20.000 Haushalte liefern.

In einer Pressemeldung von [Sterr-Kölln & Partner](#) heißt es, der Gemeinderat habe Ende vergangener Woche mit großer Mehrheit einer Zusammenarbeit mit dem Projektierer Sowitec zugestimmt. Bürgermeister Eric Sindek unterzeichnete am 30. Juni sowohl den Kooperationsvertrag als auch einen Pachtvertrag. Damit sind wichtige rechtliche Voraussetzungen für die geplante Windkraftnutzung erfüllt. Geplant ist ein Windpark mit vier modernen Anlagen. Jede soll eine Leistung von etwa sieben Megawatt erreichen. Zusammengenommen könnten die Anlagen rund 70 Millionen Kilowattstunden Strom pro Jahr erzeugen. Laut Mitteilung entspricht das dem Jahresverbrauch von etwa 20.000 durchschnittlichen Haushalten. Die Gemeinde Eningen hat aktuell rund 11.500 Einwohnende.

Ein wichtiger Aspekt in den Verhandlungen war die wirtschaftliche Teilhabe. Die Gemeinde erhält nach Inbetriebnahme die Möglichkeit, bis zu 49,9 Prozent der Anteile an der Betreibergesellschaft zu erwerben. Neben den Pachteinnahmen könnte Eningen so direkt an den Erlösen beteiligt werden. Auch Bürgerinnen und Bürger sollen sich beteiligen können – etwa durch eine Schwarmfinanzierung oder ein genossenschaftliches Modell. Zusätzlich sieht der Vertrag eine finanzielle Beteiligung nach Paragraph 6 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) vor. Dieser regelt Zahlungen von Windparkbetreibern an Gemeinden. Bei einer Zahlung von 0,2 Cent pro erzeugter Kilowattstunde ergeben sich pro Windrad jährlich zwischen 25.000 und 40.000 Euro – je nach Windaufkommen.

Die Verhandlungen begleitete die Kanzlei Sterr-Kölln & Partner. Sie hatte nach Angaben der Gemeinde mehrere wirtschaftlich günstige Bedingungen für Eningen erreicht. Bürgermeister Sindek erklärte: „Wir haben mit diesem Beschluss die Grundlage für mehr Unabhängigkeit bei der Energieversorgung gelegt.“ Der Windpark werde sowohl Einnahmen für die Kommune sichern als auch Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit bieten, sich direkt zu beteiligen.

(al)

Stichwörter: Windenergie, Sterr-Kölln & Partner, Eningen